



Bundesamt  
für Migration  
und Flüchtlinge



# Integration Migration Literatur verfahren Rechtsfragen

## Entscheiderbrief

Informations-Schnelldienst

# 6/2019

## Inhalt

### Verfahren

Sprungrevision:	2
Familienasyl bei unterschiedlichen Herkunftsländern?	
Sudan:	3
Aktualisierung der asyl- und abschiebungsrelevanten Lage	
Neue Länderreporte zur Menschen- rechtslage in Algerien, Marokko, Tunesien und Weißrussland	4

### Aktuelle Rechtsfragen

Aus der Rechtsprechung	5
------------------------	---

### Blick zum Nachbarn

EU-Partnerbehörde:	6
Niederlande - Immigratie- en Naturalisatiedienst (IND)	

### Was sonst?/Literatur

Türkei:	7
Fortschrittsbericht der EU	
IZ Asyl und Migration weist hin auf	8

## Sprungrevision: Familienasyl bei unter- schiedlichen Herkunftsländern<sup>1</sup>?

Das Bundesverwaltungsgericht hat im Rahmen einer Sprungrevision über ein Verfahren zu entscheiden, in dem die Klägerin als Tochter eines als Flüchtling anerkannten syrischen Vaters und einer aus Tunesien stammenden Mutter einen Anspruch aus § 26 AsylG geltend macht, obwohl die Mutter aus einem Land stammt, in dem der Klägerin als

tunesischer Staatsbürgerin keine Verfolgung droht.<sup>2</sup> Vorausgegangen war eine Entscheidung des Verwaltungsgerichts Cottbus<sup>3</sup>, das in Übereinstimmung mit der Auffassung des Bundesamts entschieden hat, dass dann kein Anspruch auf Familienasyl besteht, wenn beide Eltern aus unterschiedlichen Staaten stammen und die Klägerin – aus der Perspektive des Flüchtlingsschutzes – wegen der unterschiedlichen Staatsangehörigkeit keinen zwingenden Schutzbedarf in Deutschland hat.

Für die Ansicht des Bundesamts sprechen gewichtige Gründe. Es würde dem allgemeinen Prinzip des Asylrechts widersprechen, wenn eine Person, die selbst aufgrund der Schutzmöglichkeit durch das Land ihrer Staatsangehörigkeit keine Verfolgung befürchten muss, dennoch den vom Stammberechtigten abgeleiteten Schutz erhalten würde.

Der Grundsatz der Subsidiarität des Flüchtlingsschutzes gemäß der Qualifikationsrichtlinie verbietet es den Mitgliedsstaaten, günstigere Normen zu schaffen. § 26 AsylG ist daher europarechtskonform dahingehend auszulegen, dass Familienflüchtlingsschutz nur dann gewährt werden kann, wenn der Betroffene auf keinen anderen Schutz, wie den eines anderen Staates, dessen Staatsangehörigkeit er besitzt und in dem ihm keine Verfolgung droht, verwiesen werden kann.

Soweit die gegenteilige Auffassung darauf abstellt, dass es im Wesentlichen darauf ankomme, den einheitlichen Familienverbund zu sichern, ist zu entgegnen, dass dem im Hinblick auf die aufenthaltsrechtlichen Regelungen Genüge getan ist. Denn das Familienasyl dient eben nicht primär der aufenthaltsrechtlichen Sicherstellung der Familieneinheit des Flüchtlings.<sup>4</sup> Für die Sicherung des familiären Zusammenlebens von Eltern und Kindern im Bundesgebiet sind die aufenthaltsrechtlichen Vorschriften ausreichend.

Wesentlicher Grundgedanke beim Familienasyl ist das gemeinsame Verfolgungs- und Fluchtschicksal, die Vermutung der eigenen Verfolgung, der damit verbundene Entlastungszweck für die Prüfung des eigenen Asylantrags und schließlich die mit der Gewährung eines einheitlichen Flüchtlingsstatus verbundene Integrationswirkung. Hat ein Ehegatte eines anerkannten Flüchtlings oder dessen Kind eine andere Staatsangehörigkeit, so entfällt zumindest die für das Familienasyl typischerweise unterstellte eigene Verfolgungsgefahr, denn Derjenige kann sicher zu jeder Zeit auf den Schutz

1 Definition: § 3 II Nr. 2 lit. a AsylG.

2 BVerwG 1 C 2.19 <7163297>.

3 VG Cottbus, U.v. 17.01.19 - 5 K 511/18.A.

4 Hailbronner, Ausländerrecht, Stand: 105. Lieferung Januar 2018, § 26 AsylG, Rdnr. 37.

seines Heimatstaats berufen und ist eben gerade nicht auf internationalen Schutz angewiesen.<sup>5</sup>

Würde man der Ansicht des Bundesamts nicht folgen, so hätte beispielsweise eine aus der Schweiz stammende Ehefrau eines als Flüchtling anerkannten Syriers einen Anspruch auf Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft aus § 26 AsylG, wenn die Ehe bereits in Syrien bestanden hat. Eine solche Konstellation hatte der Gesetzgeber jedoch ersichtlich nicht vor Augen, als der die Regelung des Familienasyls schuf. Dem Gesetzgeber kam es nämlich lediglich darauf an, zur Verein-fachung des Prüfverfahrens ein gemeinsames Verfolgungs- und Fluchtschicksal zu vermuten<sup>6</sup>. In Konstellationen wie der hier Vorliegenden ist aber schon aus europarechtlicher Sicht geboten, diese Vermutung widerlegen zu können.

Alexander Horlamus, 61E

5 VG Kassel, U. v. 07.06.18 - 2 K 1834/17.

6 BT-Drs. 11/6960 S. 29.

## Sudan: Aktualisierung der asyl- und abschiebungsrelevanten Lage

### Sturz des Präsidenten

Seit Dezember 2018 kommt es im Sudan zu Protesten, die ursprünglich durch die Verdreifachung der Brotpreise ausgelöst worden waren, sich jedoch schnell gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung sowie gegen Präsident Omar al-Baschir selbst richteten.<sup>1</sup>

Am 22.02.19 rief al-Baschir einen einjährigen Ausnahmezustand aus und löste die nationale Regierung sowie die Regierungen der Bundesstaaten auf.<sup>2</sup> Seit dem beschränken sich die Proteste vor allem auf die Hauptstadt Khartum. Während der Proteste kam es wiederholt zu Verhaftungen von Demonstranten und zu gewaltsamem Vorgehen von Sicherheitskräften unter Einsatz von scharfer Munition und

Tränengas.<sup>3</sup>

Am 11.04.19 führten die Massenproteste zum Sturz von Präsident Omar al-Baschir. Ein militärischer Übergangsrat übernahm daraufhin die Macht im Land.<sup>4</sup> Das Militär und die Opposition verhandeln seit Mitte April 2019 über die Bildung einer Übergangsregierung.<sup>5</sup>

Am 03.06.19 eskalierte die Lage. Sicherheitskräfte gingen gewaltsam gegen Demonstranten vor und lösten die seit Wochen andauernde Sitzblockade vor dem Armeehauptquartier in Khartum auf.<sup>6</sup> Dabei soll es nach aktuellen offiziellen Angaben des sudanesischen Gesundheitsministeriums 61 Tote gegeben haben; die Opposition beziffert die Zahl der Todesopfer auf 108.<sup>7</sup> Sicherheitskräfte sollen auch Krankenhäuser und deren Mitarbeiter angegriffen haben.<sup>8</sup> Für das gewaltsame Vorgehen gegen die Demonstranten werden die paramilitärischen Rapid Support Forces (RSF) verantwortlich gemacht.<sup>9</sup>

### Inhaftierungen von Demonstranten und Journalisten

Während der seit Dezember 2018 andauernden Proteste kam es immer wieder zu Massenverhaftungen von Demonstranten. So gab das sudanesishe Innenministerium am 07.01.19 bekannt, dass mindestens 816 Personen verhaftet worden seien. Human Rights Watch (HRW) geht von einer höheren Zahl aus, da viele der Verhafteten nur für kurze Zeit inhaftiert und nach kurzer Zeit wieder freigelassen wurden. HRW berichtet aber auch von festgenommenen Demonstranten, die in Isolationshaft sitzen.<sup>10</sup>

Anfang April 2019 sollen bei den Massenprotesten vor dem Armeehauptquartier rund 2.500 Menschen festgenommen worden sein.<sup>11</sup> Der Leiter des militärischen Übergangsrates, General Abdel Fattah Burhan, hatte bei seinem Amtsan-

1 ZEIT ONLINE (11.04.19), <https://www.zeit.de/news/2019-04/11/massenproteste-im-sudan-das-land-im-ueberblick-190411-99-781382> (Abruf: 24.06.19).

2 ZEIT ONLINE (22.02.19), <https://www.zeit.de/politik/ausland/2019-02/omar-al-baschir-sudan-ausnahmezustand> (Abruf: 24.06.19).

3 Human Rights Watch (10.02.19), <https://www.hrw.org/news/2019/02/10/sudan-video-footage-shows-extreme-violence-abuse> (Abruf: 24.06.19).

4 Neue Zürcher Zeitung (11.04.19), <https://www.nzz.ch/international/sudans-militaer-kuendigt-wichtige-erklaerung-an-ld.1474400> (Abruf: 24.06.19).

5 DPA (14.04.19), Militärführung im Sudan will zivilen Regierungschef einsetzen.

6 Die Tageszeitung (04.06.19), Sudans Militärapparat erklärt der Volksbewegung den Krieg.

7 Sudan Tribune (06.06.19), <http://www.sudantribune.com/spip.php?article67617> (Abruf: 24.06.19).

8 DPA (07.06.19), Gewalt im Sudan: WHO besorgt über Gesundheitsversorgung.

9 DPA (05.06.19), (Zusammenfassung 2145) Militärführung im Sudan will mit Opposition reden - die lehnt ab.

10 Human Rights Watch (18.01.19), <https://www.hrw.org/news/2019/01/18/sudan-hundreds-protesters-arrested> (Abruf: 24.06.19).

11 ZEIT ONLINE (11.04.19), <https://www.zeit.de/news/2019-04/11/streitkraefte-uebernehmen-die-macht-im-sudan-190411-99-775444> (Abruf: 24.06.19).

tritt am 12.04.19 angekündigt, alle politischen Gefangenen freizulassen. Über die konkrete Umsetzung der Freilassung liegen bislang keine Erkenntnisse vor.

Am 31.05.19 teilte der arabische Nachrichtensender Al Jazeera mit, dass der militärische Übergangsrat die Schließung des Büros des Senders angeordnet habe. Den Korrespondenten des Senders wurde die Arbeitserlaubnis entzogen.<sup>12</sup>

### *Situation in den Konfliktregionen*

Das Militär hatte bei seiner Übernahme am 11.04.19 eine landesweite Waffenruhe angekündigt, die auch in den drei Konfliktregionen Darfur, Blauer Nil und Südkordofan gelten sollte.<sup>13</sup> Der Anführer der sudanesischen Rebellengruppe Sudanese People's Liberation Movement-North (SPLM-N) ordnete daraufhin am 17.04.19 eine dreimonatige Aussetzung der Feindseligkeiten in den Regionen Blauer Nil und Südkordofan an, die bis zum 31.07.19 gelten soll.<sup>14</sup>

### *Fazit und Entscheidungspraxis des Bundesamts*

Die weitere Entwicklung im Sudan ist insbesondere aufgrund der Eskalation am 03.06.19 offen. Die Lage wird vom Bundesamt kontinuierlich beobachtet und fließt in die Bewertung der einzelfallbezogenen Prüfungen der Asylanträge ein. Das BAMF prüft bei jedem Asylantrag unabhängig vom Herkunftsland im Einzelfall sorgfältig, inwieweit die Voraussetzungen für einen Schutzstatus vorliegen. Für schutzbedürftige Asylsuchende aus Sudan wird im Einzelfall ein Schutzstatus oder ein Abschiebungsverbot festgestellt. In den Monaten Januar bis Mai 2019 beantragten 329 sudanesischer Staatsbürger in Deutschland Asyl. Darunter waren 250 Erstanträge. Im gleichen Zeitraum beschied das Bundesamt 492 Asylanträge, dabei wurde den Antragstellern in 44 Fällen Asyl/Flüchtlingsschutz, in 5 Fällen subsidiärer Schutz und in 16 Fällen ein Abschiebungsverbot zugesprochen. Mit Stand 31.05.19 waren beim Bundesamt 269 Asylverfahren sudanesischer Staatsbürger anhängig.

Wiebke Steffens, 62F

## Neue Länderreporte zur Menschenrechtslage in Algerien, Marokko, Tunesien und Weißrussland

In der Reihe der „Länderreporte“ des Referates Länderanalysen sind zwei neue Ausarbeitungen erschienen, die sich insbesondere mit der Menschenrechtslage in den Ländern Algerien, Marokko, Tunesien sowie Weißrussland befassen. Seit der Arabischen Revolution 2011 haben die drei genannten Maghreb-Staaten einige Schritte in Richtung Demokratisierung und Verbesserung der Menschenrechte unternommen. Dennoch gibt es weiterhin einzelfallbezogene Risiken im Bereich der Meinungsfreiheit, der Gleichberechtigung der Geschlechter und der Behandlung von LGBTI-Personen. Diese Risiken sind nicht nur auf die politische Lage zurückzuführen, sondern auch auf die traditionelle Einstellung der Gesellschaft. Der Länderreport 11 schreibt die Situation vulnerabler Personen, wie Frauen und Kinder und LGBTI-Personen, fort. Im Fokus stehen hierbei die Rechtslage, die Strafverfolgung und die gesellschaftliche Stellung sexueller Minderheiten in diesen drei Ländern.

Auch der Länderreport 12 thematisiert die Situation vulnerabler Personen, insbesondere von Frauen und Kindern sowie sexueller Minderheiten und Menschen mit Behinderung in der Republik Belarus (Weißrussland). Darüber hinaus informiert er über die ethnische Zusammensetzung, die Religionen und das politische System in Weißrussland und beschreibt u. a. die wirtschaftliche, politische und sozialsystemische Lage im Land. Berichtet wird auch über die Nichteinhaltung der Menschenrechte. So kommt es nach wie vor zu Menschenrechtsverletzungen durch staatliche Akteure. Auch werden die Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit sowie die Meinungs- und Pressefreiheit durch die weißrussischen Behörden weiterhin eingeschränkt. In diesem Kontext geht der Bericht auch auf Strafverfolgungspraktiken (willkürliche Verhaftungen, Folter, Vollzug der Todesstrafe) sowie die Haftbedingungen in weißrussischen Gefängnissen ein.

Die neuen Ausarbeitungen sind in MiLo (<http://milo.prod.intern/>) unter dem Pfad: Land – Analysedokumente – Analysen Deutschland – 2019 abrufbar und können öffentlich verwendet werden.

Anke Eckardt, 62F

12 Al Jazeera (31.05.19), <https://network.aljazeera.net/pressroom/al-jazeera-denounces-closure-its-bureau-khartoum> (Abruf: 24.06.19).

13 The Defense Post (11.04.19), <https://thedefensepost.com/2019/04/11/sudan-army-omar-bashir> (Abruf: 24.06.19).

14 The Defense Post (17.04.19), <https://thedefensepost.com/2019/04/17/sudan-splm-n-suspends-hostilities> (Abruf: 24.06.19).



## Aus der Rechtsprechung

### *Erneute Unzulässigkeitsentscheidung nach stattgebender Eilentscheidung*

#### **Amtliche Leitsätze:**

1. Liegen bei einer Fortführung des Verfahrens nach § 37 Abs. 1 Satz 2 AsylG die Voraussetzungen für eine Unzulässigkeitsentscheidung nach § 29 Abs. 1 Nr. 2 AsylG - einschließlich etwaiger sich aus dem Anwendungsvorrang des Unionsrechts ergebender Vorgaben - weiterhin vor, muss das Bundesamt erneut eine Unzulässigkeitsentscheidung treffen (wie BVerwG, Urteil vom 15.01.2019 - 1 C 15.18 -).
2. Die Frage, ob eine Unzulässigkeitsentscheidung nach § 29 Abs. 1 Nr. 2 AsylG auch bei gegen Art. 3 EMRK oder Art. 4 GRCh verstoßenden Lebensbedingungen für anerkannte Schutzberechtigte im anderen EU-Mitgliedstaat ergehen kann, ist Gegenstand der beim Gerichtshof der Europäischen Union noch anhängigen Vorabentscheidungsersuchen des Senats in den verbundenen Rechtssachen C-540/17 und C-541/17 (vgl. BVerwG, Beschlüsse vom 02.08.2017 - 1 C 37.16 und 1 C 2.17 - jew. juris).
3. Eine rechtswidrig unter Rückgriff auf § 38 Abs. 1 AsylG gesetzte 30-tägige Ausreisefrist nach unanfechtbarem Abschluss des Asylverfahrens anstatt der im Fall der Unzulässigkeit des Asylantrages nach § 29 Abs. 1 Nr. 2 AsylG gesetzlich vorgeschriebenen Wochenfrist nach § 36 Abs. 1 AsylG, deren Ablauf nur nach Maßgabe des § 36 Abs. 3 AsylG verhindert werden kann, verletzt den Ausländer nicht in eigenen Rechten.  
(BVerwG, U. v. 25.04.19 - 1 C 51.18 <6710400>, MILO)

### *VGH BW: Rückführungen im Dublin-Raum, insbesondere Bulgarien*

#### **Amtliche Leitsätze:**

1. Mit Urteilen vom 19.03.2019 in den Rechtssachen Jawo (C-163/17) und Ibrahim u.a. (C-297/17 u.a.) hat der EuGH die Maßstäbe für Rückführungen im Dublin-Raum unter Betonung des EU-Grundsatzes des gegenseitigen Vertrauens präzisiert und partiell verschärft.
2. Die Annahme eines Verstoßes gegen Art. 4 GRCh, d.h. ein diesbezüglicher Stopp der Rücküberstellung ist hiernach nur zulässig, wenn aufgrund besonderer Umstände des Einzelfalles asylrelevante Schwachstellen eine besonders hohe Schwelle der Erheblichkeit erreichen. Zunächst ist auf den (Arbeits-)Willen (und reale Arbeitsmöglichkeiten) sowie die

persönlichen Entscheidungen des Betroffenen abzustellen. Ein Art. 4 GRCh-Verstoß kann erst angenommen werden, wenn unabhängig hiervon eine Situation extremer materieller Not einträte, die es nicht erlaubte, die elementarsten Bedürfnisse zu befriedigen, insbesondere eine Unterkunft zu finden, sich zu ernähren und zu waschen („Bett, Brot, Seife“).

3. Bei Zugrundelegung dieser „harten“ Maßstäbe ist davon auszugehen, dass gesunde und arbeitsfähige Flüchtlinge derzeit in Bulgarien weder im Zeitpunkt der Rücküberstellung noch während des Asylverfahrens und auch nicht nach unterstellter Zuerkennung von internationalem Schutz unabhängig von ihrem Willen und ihren persönlichen Entscheidungen durch systemische Schwachstellen gemäß Art. 3 Abs. 2 UA 2 Dublin III-VO oder sonstige Umstände dem „real risk“ einer unmenschlichen oder entwürdigenden Behandlung im Sinne von Art. 4 GRCh ausgesetzt werden. Etwas anderes kann im Einzelfall bei vulnerablen Flüchtlingen gelten, d.h. bei Antragstellern mit besonderer Verletzbarkeit. (VGH BW, B. v. 27.05.19 - A 4 S 1329/19 < 7046656>, MILO)

### *Aufenthaltsrecht des Ehegatten eines Unionsbürgers trotz Aufhebung der ehelichen Lebensgemeinschaft*

#### **Amtliche Leitsätze:**

1. Das abgeleitete Aufenthaltsrecht des drittstaatsangehörigen Ehegatten eines freizügigkeitsberechtigten Unionsbürgers nach § 2 Abs. 1 FreizügG/EU i.V.m. Art. 3 Abs. 1 Richtlinie 2004/38/EG hängt nicht vom Fortbestehen einer ehelichen Lebensgemeinschaft ab. Für ein Begleiten im Sinne des § 3 Abs. 1 FreizügG/EU i.V.m. Art. 3 Abs. 1 Richtlinie 2004/38/EG genügt nach Aufhebung der ehelichen Lebensgemeinschaft ein gleichzeitiger Aufenthalt der Eheleute im Aufnahmemitgliedstaat (EuGH, Urteil vom 16. Juli 2015 - C-218/14, Singh - Rn. 54).
2. Verlässt ein Unionsbürger nach Aufhebung der ehelichen Lebensgemeinschaft das Bundesgebiet, erlischt damit das abgeleitete unionsrechtliche Aufenthaltsrecht seines drittstaatsangehörigen Ehegatten (EuGH, Urteil vom 16. Juli 2015 - C-218/14, Singh - Rn. 58).
3. Kehrt der Unionsbürger später in das Bundesgebiet zurück, kann sich der hier verbliebene drittstaatsangehörige Ehegatte - auch wenn die Eheleute weiterhin getrennt leben - wieder auf ein abgeleitetes unionsrechtliches Aufenthaltsrecht berufen.  
(BVerwG, U. v. 28.03.19 - 1 C 9.18, MILO)

## Vietnam: Verfolgung wegen regimiekritischer Äußerungen im Internet

VG Dresden: Die Einschätzung des Bundesamts, asyltaktische Exilaktivitäten würden von der vietnamesischen Regierung als solche erkannt und es sei nur in herausragenden Fällen eine Bestrafung zu befürchten, ist nach Auffassung des Gerichts zumindest teilweise überholt. Die vietnamesische Regierung hat die politische Verfolgung in diesem Bereich, insbesondere durch die Verschärfung des Gesetzes zur Kontrolle des Internets vom Januar 2019, deutlich intensiviert. Damit dürfte die Schwelle für einen „herausragenden Fall“ zumindest bezogen auf Veröffentlichungen im Internet deutlich niedriger geworden sein. Dies gilt selbst dann, wenn die Veröffentlichungen nicht von einer breiten Öffentlichkeit in Vietnam wahrgenommen werden. Denn diese eingeschränkte Wahrnehmung ist gerade Ergebnis und Erfolg der staatlichen Zensur und Kontrolle des Internets. Es kann nach der aktuellen Erkenntnislage nicht (mehr) davon ausgegangen werden, dass die Regierung wegen der eingeschränkten Wahrnehmung auf Verfolgungsmaßnahmen verzichten würde. Vielmehr scheint die vietnamesische Regierung gewillt, Meinungsäußerungen im Internet immer weiter einzudämmen und sich dazu auch verstärkt der Bestrafung regimiekritischer Blogger zu bedienen.

(VG Dresden U. v. 04.03.19 – 5 K 2879/16.A <6880463>, MILO)

*Die Redaktion*

## Blick zum Nachbarn

### EU-Partnerbehörde: Niederlande – Immigratie- en Naturalisatiedienst (IND)

In den Niederlanden ist der Einwanderungs- und Einbürgerungsdienst (Immigratie- en Naturalisatiedienst - IND), eine dem Justiz- und Sicherheitsministerium unterstellte Behörde, mit der Bearbeitung von Anträgen auf internationalen Schutz betraut. Das Aufgabenspektrum reicht aber noch weiter. Im Auftrag des Staatssekretärs für Justiz und Sicherheit setzt es das niederländische Ausländergesetz sowie das niederländische Staatsbürgerschaftsrecht um. Das heißt, neben der Bearbeitung von Asylanträgen obliegt dem IND u. a. auch

die Bearbeitung von Visumanträgen (Kurzzeit-Visa und die Ausstellung von Aufenthaltsgenehmigungen zum regulären Aufenthalt in den Niederlanden (Arbeit, Studium, familiäre Gründe).<sup>1</sup> Die Aufgaben werden in sechs Abteilungen von ca. 3.000 Mitarbeitenden wahrgenommen.

Antragsteller, die sich bereits auf niederländischem Staatsgebiet befinden, bringen ihr Asylbegehren erstmalig im zentralen Aufnahmezentrum Ter Apel vor. Dort nehmen Mitarbeitende des IND die persönlichen Daten des Antragstellers auf und es erfolgt die erkennungsdienstliche Behandlung durch Mitarbeitende des AVIM<sup>2</sup>, um die Zuständigkeit eines anderen europäischen Mitgliedstaates auszuschließen (Dublin-Verfahren). In den darauffolgenden fünf Tagen wird der Antragsteller in Ruhe gelassen, um sich zu sammeln und sich auf das Verfahren vorzubereiten.<sup>3</sup> In dieser Zeit finden eine medizinische Untersuchung sowie die Sicherheitsüberprüfung und der EURODAC-Abgleich statt. Nach der Ruhe- und Vorbereitungsphase beginnt im Rahmen des Allgemeinen Asylverfahrens (Algemene asielprocedure – AA) die Prüfung des Antrags auf internationalen Schutz innerhalb der folgenden acht Tage. Im Rahmen einem Erstinterviews mit einem der Mitarbeitenden im Asylbereich des IND werden zunächst die Identität, die Nationalität sowie der Reiseweg des Antragstellers besprochen. Für ein weiteres, ausführlicheres Interview zu den Fluchtgründen wird dem Antragsteller kostenlos ein Rechtsberater zur Seite gestellt, der das Interview gemeinsam mit dem Antragsteller vorbereitet und am Interview teilnehmen kann. Stellt sich im Rahmen dieses zweiten Gesprächs heraus, dass zusätzliche Informationen, z. B. zur Identität oder Nationalität des Antragstellers, eingeholt werden müssen und die Regelbearbeitungszeit nicht ausreicht, wird der Asylantrag im Rahmen des Erweiterten Asylverfahrens (Verlengde asielprocedure - VA) geprüft. Die Entscheidungsfrist verlängert sich dabei auf sechs Monate. Auf Anordnung des Staatssekretärs für Justiz und Sicherheit kann die Frist auf ein Jahr ausgedehnt werden, sofern die Lage im Herkunftsland nicht klar oder unsicher ist. Im Jahr 2018 wurden 60 % der Anträge innerhalb von acht Tagen geprüft.<sup>4</sup>

Im Falle einer positiven Entscheidung stellt der IND eine befristete Aufenthaltsgenehmigung aus, die später in eine

<sup>1</sup> Immigration and Naturalisation Service: The admission organisations of the Netherlands, S. 4.

<sup>2</sup> AVIM (Afdeling Vreemdelingen Identificatie en Mensenhandel) ist eine spezielle Abteilung der niederländischen Polizei, die Ausländer in den Niederlanden überwacht.

<sup>3</sup> Aus Kapazitätsgründen hat sich die Länge der Ruhe- und Vorbereitungszeit im Jahr 2018 auf 12 Monate ausgedehnt.

<sup>4</sup> =Immigration and Naturalisation Service: The admission organisations of the Netherlands, S. 9.

Daueraufenthaltserlaubnis umgewandelt werden kann. Ist der Antragsteller nicht mit einer beabsichtigten ablehnen- den Entscheidung des IND einverstanden, kann er zu dem Bescheidentwurf schriftlich Stellung nehmen. Im Falle einer endgültigen Ablehnung des Antrags durch den IND steht ihm der Rechtsweg vor das Landgericht sowie den niederlän- dischen Staatsrat offen. Der Rechtsbehelf beim Landgericht hat aufschiebende Wirkung, der beim Staatsrat nicht. Abge- lehnte Asylbewerber können unter Fortzahlung der Asylbe- werberleistungen noch vier Wochen im Aufnahmezentrum bleiben, um ihre Rückkehr vorzubereiten.

Antragsteller, die auf dem Luftweg in die Niederlande ein- reisen, wenden sich zunächst an das Royal Netherlands Ma- rechaussee (Kmar), eine Polizeiabteilung mit militärischem Status.<sup>5</sup> Hier werden die persönlichen Daten aufgenommen und der Antragsteller zur Antragstellung in das Aufnahme- zentrum am Amsterdamer Flughafen Schiphol (Aanmeldcen- trum Schiphol, AC) gebracht.

Den Höchststand an Asylerstanträgen erreichten die Nieder- lande im Jahr 2015 mit insgesamt 43.093 Erstanträgen. In den zwei folgenden Jahren nahm die Zahl der Anträge stark ab und sank schließlich auf nur noch 14.716 Anträge im Jahr 2017. Einen erneuten Anstieg verzeichnete der IND im Jahr 2018 mit 20.353 Erstanträgen auf internationalen Schutz. Hauptherkunftsländer der Antragsteller waren Syrien (2.956, 15 % aller Erstanträge), Iran (1.869, 9 %), Türkei (1.301, 6 %), Eritrea (1.284, 6 %) und Algerien (1.267, 6 %).<sup>6</sup> Im gleichen Zeitraum hat der IND über die Erstanträge von 10.285 Per- sonen entschieden. Dabei wurden 1.760 Antragsteller als Flüchtling anerkannt, 1.485 Personen erhielten subsidiären Schutz und 375 Personen ein Schutzstatus aus humanitären Gründen.

Die Behörde feiert in diesem Jahr ihr 25-jähriges Jubiläum.

Wir gratulieren recht herzlich!

Weitere Informationen finden Sie auf der Homepage des IND unter [www.ind.nl](http://www.ind.nl) – auch auf Englisch.

Anke Eckardt, 62F

## Türkei: Fortschrittsbericht der EU

Die EU-Kommission hat in ihrem jährlichen Fortschritts- bericht für die EU-Beitrittskandidaten in der Türkei Rück- schritte in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit und Grund- rechte festgestellt. Die Türkei habe sich von der EU weiter wegbewegt. In dem Bericht vom 29.05.19 wird aufgeführt, dass es ernste Bedenken gebe, aufgrund der infolge des Putschversuches 2016 erfolgten Entlassungen, Festnahmen und Inhaftierungen während des Ausnahmezustandes. Auch die jüngste Annullierung der Bürgermeisterwahl in Istanbul, nachdem der Oppositionskandidat aus dem Urnengang als Sieger hervorgegangen war, sowie die Einsetzung von zweit- platzierten Kandidaten bei der Besetzung von Bürgermeis- terämtern im Südosten des Landes gebe Anlass zur Kritik. Die Aufhebung des Ausnahmezustandes im Juli 2018 habe zu keiner umfassenden Aufhebung der Gesetze geführt, die den Schutz von Aktivisten, Menschenrechtlern, Journalisten und Akademikern drastisch beschnitten. Die EU-Kommission sehe gravierende Rückschritte bei den Grundrechten, unter anderem in Bezug auf die Meinungs- und Versammlungsfrei- heit.

Des Weiteren habe die Einführung des Präsidialsystems zu einer Verminderung der Überwachungsfunktion des Parla- ments sowie einer stärkeren Politisierung in der öffentlichen Verwaltung geführt. Der Präsident habe nun auch die Mög- lichkeit, die Leiter der meisten öffentlichen Behörden zu ernennen. Rückschritte wurden zudem im Kampf gegen die weitverbreitete Korruption festgestellt.

Die EU-Kommission macht der Türkei daher kaum noch Hoffnungen auf einen Beitritt zur Europäischen Union. Der türkische Vize-Außenminister Faruk Kaymakci sprach von einer unfairen Kritik und erklärte, der EU-Bericht spiegele nicht die tatsächliche Lage im Land wider.“

Der Bericht kann hier heruntergeladen werden: <https://ec.europa.eu/neighbourhood-enlargement/sites/near/files/20190529-turkey-report.pdf>.

5 Das Kmar gehört administrativ zum niederländischen Vertei- digungsministerium, arbeitet aber auch für das Ministerium für Justiz und Sicherheit.

6 IND (Dezember 2018): Asylum Trends; Monthly Report on Asylum Applicants in the Netherlands, S. 4.

## Veröffentlichungen anderer

### BTag

- Politische und militärische Lage in Libyen nach dem Vormarsch der sogenannten libyschen Nationalarmee (Bündnis 90/Die Grünen), BT-Drs. 19/10686
- Situation von LSBTI-Geflüchteten (Linke), BT-Drs. 19/10733
- Ergänzende Informationen zur Asylstatistik für das erste Quartal 2019 – Schwerpunktfragen zu Dublin-Verfahren (Linke), BT-Drs. 19/10737
- Rückkehrförderung und erneute Einreise (FDP), BT-Drs. 19/10559
- Weiterentwicklung der Zusammenarbeit im Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrum (GTAZ) (FDP), BT-Drs. 19/10856
- Neustart im Team mit 500 Flüchtlingen (AfD), BT-Drs. 19/10855

**Ralf M. Kanitz**, zu den EuGH-Urteilen „Jawo“ sowie „Ibrahim u. a.“ vom 19.3.2019, Asylmagazin 5/2019, 140 ff.

**Winfried Kluth**, Der Migrationspakt und seine Leitlinien für die bessere Ordnung und Ermöglichung der Fachkräftemigration, ZAR 4/2019, 125 ff.

**Vinzent Vogt und Robert Nestler**, Effizienz statt Familienlosigkeit im Dublin-System?, NVwZ 2019, 859 ff.

## Demnächst lesen Sie:

- Aus der Rechtsprechung
- EU-Partnerbehörde: Polen

### IMPRESSUM

#### Herausgeber:

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge  
ISSN 1869-1803  
Redaktion Entscheiderbrief  
Frankenstraße 210, 90461 Nürnberg  
www.bamf.de  
poststelle@bamf.bund.de

Entscheiderbrief 6/2019 - 02.07.2019

#### Bezugsquelle:

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge  
ee-brief@bamf.bund.de  
Download: [www.bamf.bund.de](http://www.bamf.bund.de) > Infothek > Publikationen

#### Erscheinungsweise:

elektronisch; Redaktionsschluss jeweils der 15. des Monats  
(Änderung nach Bedarf)

#### Gestaltung:

Petra Schiller, 62G

#### Bildnachweis:

Wolfgang Heindel, 61E

#### Verantwortlicher Leiter:

Michael Rosenbach, GL 62

Nachdruck und Nutzung nur nach Zustimmung des Herausgebers mit Quellenangabe und Belegexemplar. Kein Anspruch auf Veröffentlichung oder Manuskriptrückgabe.